



Islam Alijaj (links) und Christian Lohr haben sich viel zu sagen – und mehr Gemeinsamkeiten, als ihre Parteizugehörigkeiten erwarten lassen.

## «Für eine Schweiz, die inklusiv denkt und handelt»

Am 20. Oktober wählt die Schweizer Bevölkerung das Parlament. Christian Lohr (CVP) und Islam Alijaj (SP) kandidieren für die Wahl in den Nationalrat. Wen vertreten sie, und was sind ihre politischen Ziele? Wir haben die beiden Politiker in Bern zum Gespräch gebeten.

Interview: Susanne Schanda und Tabea Mündlein – Fotos: Danielle Liniger

### Wofür kämpfen Sie als Politiker?

**Islam Alijaj:** Ich kämpfe für Inklusion im breitesten Sinn, für verschiedene Lebensmodelle, für Diversität in der Gesellschaft. Wir sind nicht nur behindert, wir haben noch viele andere Merkmale. Ich zum Beispiel habe auch einen Migrationshintergrund. Jeder und jede soll sein Potenzial entfalten können. Das ist der Kern meines politischen Engagements.  
**Christian Lohr:** Für mich ist die Gleichwertigkeit der Menschen ein zentrales Thema. Ich versuche, unsere Gesellschaft auf eine Weise weiterzuentwickeln, in der Individualität zwar einen starken Platz hat, aber auch Gemeinschaft und Solidarität zählt. Selbstbestimmung ist ein sehr wichtiges Anliegen, aber sie darf nicht die Selbstbestimmung anderer einschränken.

### Politisieren Sie in erster Linie als Vertreter von Menschen mit Behinderung?

**C.L.:** Am Anfang wollte ich mich ganz bewusst nicht auf die Behindertenpolitik reduzieren lassen. Ich bin mit dem Anspruch angetreten, breite Gesellschaftspolitik zu machen. In der Realität wurde aber bald und zu Recht von mir erwartet, dass ich mich für

Behindertenpolitik besonders stark engagiere. Ich mache das auch heute noch aus Überzeugung, aber nicht ausschliesslich. Ich bin auch in der Gesundheitspolitik und in der Sportförderung aktiv. Ich habe als Journalist gearbeitet und war immer neugierig auf verschiedene Themen und Menschen. Daraus entstand der Wunsch, nicht nur darüber zu schreiben, sondern selbst mitzugestalten.

### Islam Alijaj, wie wichtig ist die Behinderung für Ihr politisches Profil?

**I.A.:** Inklusionspolitik ist mein zentrales Thema, das in alle anderen einfliess: in die Wohnpolitik, Verkehrspolitik, Bildungspolitik. Wenn wir die Inklusionspolitik als Querschnittsthema etablieren wollen, müssen wir dafür sorgen, dass sich mehr behinderte Politiker engagieren. Dann können wir sogar eine politische Bewegung werden.

### Verleiht Ihnen Ihre Behinderung eine grössere Glaubwürdigkeit?

**C.L.:** Ich habe manchmal den Eindruck, dass ich auch bei Fragen, die über das Thema Behinderung hinausgehen, so etwas wie das

ethische Gewissen der CVP bin. Kurz nachdem ich 2011 in den Nationalrat gewählt worden war, kam die IV-Revision 6a aufs politische Tapet. Ich glaubte mich zuerst im falschen Film: Man sprach nur über Fälle, Kosten, Zahlen, gar nie über Menschen. Ich forderte immer wieder, dass wir über Menschen sprechen und uns bei allen Entscheiden bewusst machen, was sie für die Menschen bewirken. Das wurde gehört und aufgenommen. Heute wird im Parlament anders über IV und EL gesprochen.

**Islam Alijaj, Sie politisieren in der SP, Christian Lohr in der CVP. Wo sind Ihre Berührungspunkte, wo unterscheiden Sie sich in ihren Zielen?**

**I.A:** Wir verstehen uns auf der persönlichen Ebene sehr gut. Unsere beiden Parteien sind breit aufgestellt, und daher liegen unsere Positionen relativ nahe beieinander. Es ist auch wichtig, dass Menschen mit Behinderungen in einem breiteren Spektrum repräsentiert werden, auch wenn wir uns in Sachen Inklusionspolitik gut verstehen.

**C.L:** Wir haben sicher mehr Berührungspunkte als Differenzen. Wir setzen uns beide für eine Schweiz ein, die inklusiv denkt und handelt. Wir unterscheiden uns nur in Nuancen. Mir ist sowohl die Eigenverantwortung als auch die Solidarität wichtig.

**Christian Lohr, Sie haben in der Debatte über die IV-Rente einmal gesagt: «Wir können für Leute mit einer Behinderung mehr machen, aber das geht nicht mit Geld.» Demgegenüber meinten Sie, Islam Alijaj, in einem Interview, dass man den Geldfluss ändern müsse, damit eine Änderung im Behindertenbereich passiere.**

**C.L:** Man darf nicht alles auf die Geldfrage reduzieren. Es genügt nicht, nur aus einem Sozialverständnis heraus Geld zu geben. Die Betroffenen sollten die Möglichkeit erhalten, Eigeninitiative zu entwickeln und selbst Geld zu verdienen – selbstbestimmt. Wir sollten die Rahmenbedingungen der Gesellschaft verändern.

**I.A:** Um die Gesellschaft zu verändern, müssen wir im Behindertenwesen den Geldfluss ändern. Im Moment kommt vom Bund oben das Geld herein, und bei uns Betroffenen tröpfelt es irgendwann heraus. Wir müssen die Behindertenorganisationen stärker in die Pflicht nehmen. Sie sollten Behinderte in Entscheidungspositionen anstellen und Eigeninitiative ermöglichen. Menschen mit Behinderungen sind keine armen, hilflosen Geschöpfe. Es braucht keine Almosen. Wir sind Individuen, die arbeiten, Geld verdienen und Steuern zahlen.

**Wo treffen Sie im Politalltag mit Ihrer Behinderung auf Hindernisse?**

**I.A:** Da gibt es die baulichen Unzulänglichkeiten: Sitzungszimmer, die nicht zugänglich sind, fehlende Trinkröhrchen und Ähnliches. Die grössten Hindernisse sind allerdings in den Köpfen mancher Parteikollegen.

**Was müsste geändert werden, um Menschen mit einer Behinderung den Zugang zur Politik zu vereinfachen?**

**I.A:** Die Politik ist ein hartes Geschäft, da wird auch mit Ellbogen gekämpft. Ich habe zusammen mit der Uni Zürich und der ZHAW ein Projekt lanciert, das Hürden für Menschen mit einer Behinderung in der Politik analysiert und Massnahmen für einen besseren

**Christian Lohr kandidiert für die CVP**



1962 in Kreuzlingen (TG) geboren, arbeitet Christian Lohr als Journalist, Publizist und Dozent an verschiedenen Fachhochschulen. Er ist aufgrund einer Contergan-Behinderung ohne Arme und mit verkürzten Beinen auf die Welt gekommen und benutzt seinen rechten Fuss wie andere die rechte Hand. Er ist im Vorstand von insieme Thurgau, gehört zum Präsidium von Pro In-

firms und war Präsident des Behindertensportverbands PluSport. Seit 20 Jahren ist er aktiv in der Politik: 1999–2012 im Gemeinderat Kreuzlingen, 2000–2014 im Thurgauer Kantonsrat, seit 2011 für die CVP des Kantons Thurgau im Nationalrat.

**Islam Alijaj kandidiert für die SP**



1986 im Kosovo geboren, lebt Islam Alijaj seit 1987 in der Schweiz. Infolge einer Cerebralparese hat er Sprech- und Bewegungsstörungen und besuchte als Kind mehrere Sonderschulen. Nach einer kaufmännischen Ausbildung beschäftigte er sich im Selbststudium mit dem Sozial- und Gesellschaftssystem der Schweiz. Er hat am Schattenbericht der UN-Behindertenrechtskonvention mitgearbeitet und ist seit 2016 in der Arbeitsgruppe Nationale Behindertenpolitik/UN-BRK bei Inclusion Handicap. Islam Alijaj ist im Vorstand der SP Zürich 9 und kandidiert erstmals für den Nationalrat.

Zugang zur Politik fordert. Eine dieser Massnahmen sehe ich in der politischen Assistenz. Ich habe z.B. eine Sprachassistentin, die meine Reden vorliest. Mit der politischen Assistenz kann man viele Hürden minimieren oder gar eliminieren.

**insieme Schweiz hat zusammen mit easyvote eine Broschüre erarbeitet, die es auch Menschen mit einer kognitiven Beeinträchtigung ermöglichen soll, an den Wahlen teilzunehmen. Wie schätzen Sie das ein?**

**C.L.:** Ein Hauptproblem ist, dass Politik nicht einfach ist. Die Absicht ist wunderbar und gut, die unterstütze ich natürlich! Aber es gibt viele komplexe Abläufe, hinter denen grosse Auswirkungen stecken. Ich finde es gut, wenn es Selbstvertretergruppen gibt, die sich mit ihren Anliegen auseinandersetzen. Ich würde die Betroffenen darin bestärken, dass sie zu den Politikern gehen und mit diesen reden. Befähigung ist für mich eine ganz wichtige Voraussetzung, um die politische Teilhabe zu fördern. Das bedeutet, das Selbstvertrauen zu stärken und sich mit den Themen auseinanderzusetzen, die uns alle angehen, wie etwa Klimawandel und Umweltschutz.

**Gibt es aktive Politiker mit kognitiver Beeinträchtigung?**

**I.A.:** Christoph Linggi von Mensch zuerst, einem Verein für Selbstvertretung. Er politisiert in der GLP der Stadt Zürich im Tandem mit Peter Fischer, der eine körperliche Beeinträchtigung hat. Sie arbeiten mit dem Tandem-Prinzip, treten zusammen auf und unterstützen sich.

**Christian Lohr, was können Sie als alter Politfuchs Herrn Alijaj empfehlen?**

**C.L.:** Erstens: Du musst in deiner weiteren politischen Karriere beharrlich bleiben und Geduld haben. Zweitens: Du musst auch Stimmen ausserhalb der SP holen. Denn in der SP selbst hast du Leute, die sind nett und lieb zu dir, aber die wollen selbst gewählt werden.

**Islam Alijaj, wie sehen Sie Ihre Chancen, in den Nationalrat einzuziehen?**

**I.A.:** Die SP hat in Zürich 9 Sitze im Nationalrat, 35 Kandidaten, und ich bin auf Platz 23. Alle Bisherigen kandidieren wieder. Ich müsste 14 Plätze gutmachen, um gewählt zu werden. Die Chancen sind sehr klein. Die Grosswetterlage ist an sich günstig für Kandidaten wie wir, die keine klassischen Politiker sind. Aber es müsste ein Wunder passieren, damit ich gewählt würde. An diesem Wunder arbeite ich gerade mit meinem Team.

**Christian Lohr, wie sehen Sie Ihre Chancen, wiedergewählt zu werden?**

**C.L.:** Vor vier Jahren wurde ich mit einem tollen Ergebnis im Amt bestätigt. Ich glaube nun daran, meine Arbeit in Bern auch weiterhin fortsetzen zu können. ●

# Wie wähle ich das Parlament? – Wahlhilfe in leichter Sprache

Menschen mit geistiger Behinderung dürfen wählen und abstimmen, wenn sie nicht unter umfassender Beistandschaft stehen. Viele von ihnen wollen dies auch, scheitern aber oft beim Lesen der offiziellen Wahlinformationen, weil diese in einer schwer verständlichen Behördensprache abgefasst sind. Deshalb hat insieme Schweiz zusammen mit easyvote die politisch neutrale Broschüre «Wahlhilfe» in leichter Sprache erarbeitet.

Text: Susanne Schanda – Illustration: Andrea Peter

Sabrina Gaetani liest regelmässig die Zeitung und bildet sich ihre Meinung selbstständig. Doch gewählt hat sie noch nie, weil sie die Wahlinformationen nicht versteht (vgl. Text unten). Auch Menschen mit einer kognitiven Beeinträchtigung oder Lernschwäche verfolgen

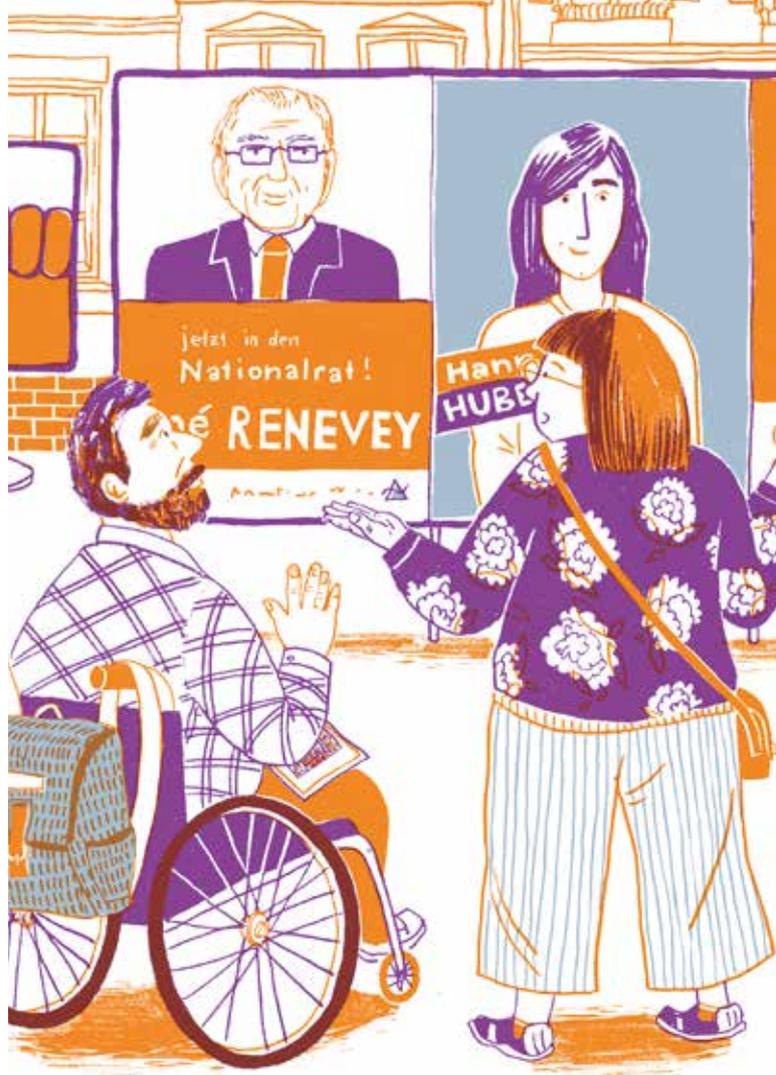
**Sabrina Gaetani, 40, Solothurn**

«Ich habe noch nie an Wahlen teilgenommen, denn ich verstehe die Informationen im Wahlbüchlein nicht. Ich lese zwar täglich die Zeitung, lebe selbstständig und kann mir meine eigene Meinung bilden. Aber die Sprache in den offiziellen Wahlunterlagen verstehe ich einfach nicht. Die Informationen dort sollten einfacher geschrieben sein, weniger komplizierte Wörter und Sätze. Was am Fernsehen über die Politik erzählt wird, verstehe ich schon. Aber wenn ich dann das Wahlbüchlein aufschlage, finde ich das dort nicht. Mein Interesse an der Politik hat mit der IV zu tun, das betrifft mich ganz direkt. Wenn in der Politik etwas so oder so entschieden wird, hat das direkt Auswirkungen auf mein Leben. Meine Eltern haben sich kaum mit Politik beschäftigt. Als ich 18 wurde, musste ich mich selbst um meine IV kümmern. Das hat mein Interesse an der Politik geweckt. Ich engagiere mich bei der Arbeitsgruppe Wahlhilfe, weil ich verstehen will, wie ich wählen kann. Diese Broschüre hilft uns, in der Politik mitzuentscheiden. Die Texte in dieser Broschüre sind viel einfacher als im Wahlbüchlein, die verstehe ich. Damit kann ich wählen, weil genau erklärt ist, wie ich die Wahlzettel ausfüllen muss.»

aufmerksam mit, was sich auf der politischen Bühne abspielt – nicht zuletzt, weil sich politische Entscheidungen konkret auf ihre Lebensbedingungen auswirken. Diese Menschen haben ein Wort mitzureden. Die UNO-Behindertenrechtskonvention verlangt von den Vertragsstaaten – darunter die Schweiz –, Menschen mit Behinderung die Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben zu garantieren. Dazu gehört, dass die Wahlverfahren und -informationen zugänglich und leicht zu verstehen sind. Im Sommer 2018 forderte eine Delegation der Inklusionskommission der Arbeitsgruppe UN-BRK von INSOS, Curaviva und VAHS bei der Bundeskanzlei Wahl- und Abstimmungsunterlagen in leichter Sprache. Weil der Bund vorerst zögerlich auf die Forderungen reagierte, lancierte insieme Schweiz zusammen mit easyvote die Broschüre «Wahlhilfe». Im Team, das die Broschüre erarbeitet hat, haben auch Sabrina Gaetani, Nelli Riesen und Christoph Linggi mitdiskutiert (vgl. Texte unten).

Die vom Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung (EBGB) finanziell unterstützte Broschüre erklärt in leichter Sprache und Schritt für Schritt, wie Wählen geht. Was ist eine Parteiliste? Wie kann ich sie verändern? Was heisst panaschieren und kumulieren? Fragen, die nicht nur Menschen mit geistiger Behinderung zu denken geben.

Die Broschüre, die diesem Magazin beiliegt, kann auf der Website bestellt und heruntergeladen werden: [www.insieme.ch/wahlen](http://www.insieme.ch/wahlen) •



### Nelli Riesen, 52, Thun

«Bis 2014 war ich wegen «Geistesschwäche» vollumfänglich bevormundet. Dank dem neuen Kinder- und Erwachsenenschutzrecht wurde eine Revision möglich. Seither bestimme ich über mich selbst und nehme meine Pflichten und Rechte ernst. Ich habe seither keine Wahl und Abstimmung verpasst. Die Unterlagen, die den Stimmbürgern zur Verfügung gestellt werden, sind rechtlich bestimmt korrekt, aber leider oft unverständlich. Es braucht eine leicht verständliche und klare Sprache. Die Konsequenzen einer An- oder Ablehnung werden zu wenig erläutert. Hier ist das Gespräch hilfreich. Meinungen sollten sich bilden und nicht nachgeplappert werden. Menschen wie ich, die durch Beeinträchtigung im Leben nicht immer alles sofort verstehen, sollten die gleiche Chance auf Teilhabe haben. Wir sind weder doof noch dumm, aber wir sind auf eine klare Sprache angewiesen. Die Wahlhilfe-Broschüre erklärt in möglichst einfachen Worten die schwierige und komplizierte Wahl. Jetzt verstehe ich, wie ich richtig die Wahlzettel brauchen kann und wie ich mit Streichen, Kumulieren und Panaschieren meiner Stimme mehr Gewicht geben kann. Etwas über die Kandidaten zu erfahren, bleibt aber unverändert kompliziert.»

### Christoph Linggi, 53, Zürich

«Ich gehe regelmässig wählen und abstimmen, aber bisher habe ich eher nach Gefühl gewählt oder auf Bekannte gehört. Es ist nicht so, dass ich die offiziellen Wahlunterlagen überhaupt nicht verstehe, aber bei Abstimmungen sind die Fragestellungen oft so kompliziert formuliert, dass ich gar nicht sicher bin, was es bedeutet, wenn ich Ja stimme. Ich bilde mir meine Meinung im Austausch mit anderen Menschen, die sich politisch engagieren. Ich war auch in dieser Gruppe dabei, die der Bundeskanzlei die Forderung nach Wahlinformationen in leichter Sprache überbrachte. Ich habe auch eine Tageszeitung online abonniert, aber ich lese sie nicht täglich, die Sprache ist auch dort recht schwierig zu verstehen. Diese Informationen wären sehr wichtig, damit Menschen mit geistiger Behinderung und Lernschwierigkeiten ihr Wahlrecht ausüben können. Die Broschüre bringt mir sehr viel. Durch die Arbeit in der Gruppe habe ich gelernt, wie Panaschieren geht. Früher habe ich immer nur eine Wahlliste eingelegt, ohne etwas zu verändern, weil ich nicht wusste, wie das geht und was es bedeutet. Diesmal werde ich einzelne Kandidaten von der Liste streichen, weil ich gemerkt habe, dass sie zu wenig für Menschen mit Behinderung tun.»

## Wie aus dem Wahlrecht eine Praxis des Wählens wird

Erwachsene Personen mit geistiger Behinderung, die nicht unter umfassender Beistandschaft stehen, dürfen in der Schweiz an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen. Doch wie steht es in der Praxis um den Zugang zur Urne? Antworten des Experten Markus Schefer, Professor für Öffentliches Recht an der Universität Basel.

Interview: Martine Salomon

### Alle erwachsenen Schweizerinnen und Schweizer dürfen wählen und abstimmen – ausser ...

Markus Schefer: Die Bundesverfassung entzieht die politischen Rechte auf Bundesebene jenen Menschen, die «wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche entmündigt sind». Diese veraltete Formulierung des Zivilgesetzbuches wurde im Jahr 1999 in die damals neue Bundesverfassung aufgenommen. Mit der Neuordnung des Erwachsenenschutzrechts wurde im Gesetz festgehalten, dass jene Schweizer vom Stimmrecht ausgeschlossen sind, «die wegen dauernder Urteilsunfähigkeit unter umfassender Beistandschaft stehen oder durch eine vorsorgebeauftragte Person vertreten werden».

### Ist das sinnvoll?

Diese Regelung läuft Gefahr, auch jenen Menschen mit geistigen oder psychischen Behinderungen das Stimmrecht zu entziehen, die – unter Umständen mit den nötigen Unterstützungsmassnahmen – durchaus in der Lage wären, sich eine politische Meinung zu bilden. Dies erscheint mir nicht zulässig.

### Wie wird die Urteilsfähigkeit einer Person definiert?

Urteilsfähig ist, wer die Fähigkeit hat, vernunftgemäss zu handeln, das heisst nach eigenem Willen zu handeln, und über Einsicht in die Bedeutung und Tragweite eines Rechtsgeschäfts verfügt, das er abzuschliessen plant. Im Zweifel entscheidet die Kinder- und Er-



Markus Schefer

wachsenenschutzbehörde (KESB), mit Beschwerdemöglichkeit an die Gerichte.

### Welche Voraussetzungen braucht

#### eine Person, um wählen zu können?

Es muss genügen, dass die Person in der Lage ist, unter Umständen mit einer Unterstützung, einen Willen zu politischen Vorlagen und Wahlen zu bilden und zu äussern. Der UNO-Ausschuss geht sogar noch weiter und erachtet einen Entzug der politischen Rechte wegen einer Behinderung in jedem Fall als unzulässig.

### Was bedeutet das Wahlrecht für Menschen mit geistiger Behinderung? Nutzen sie es?

Bürger mit einer geistigen Behinderung sind genauso Bürger wie alle anderen auch. Ihnen müssen deshalb die gleichen politischen Rechte zukommen wie allen anderen. Ob sie sie ausüben, ist ihre Sache – wie bei allen anderen Bürgern auch.

### Welche Hindernisse stehen der praktischen Ausübung dieses Rechts im Weg?

Elementar sind die Hindernisse für jene Menschen mit Behinderungen, denen die politischen Rechte entzogen wurden. Bei Menschen, die in Institutionen leben, muss sichergestellt werden, dass sie ihre Stimme abgeben können. Weitere Hindernisse ergeben sich etwa für Menschen mit Sehbehinderungen. Die Rückschläge bei der Einführung der elektronischen Stimmabgabe wirken sich insbesondere auch negativ für sie aus. Zudem ist nicht sichergestellt, dass die Urnen barrierefrei erreichbar sind.

### Wie kann die politische Teilhabe dieser Menschen gefördert werden?

Menschen mit geistigen Behinderungen sind unter Umständen auf Unterstützung angewiesen. Diese muss verfügbar sein; dabei ist sicherzustellen, dass ihnen die unterstützenden Personen nicht ihre eigenen politischen Anschauungen aufdrängen.

### Gibt es konkrete Beispiele von geeigneten Massnahmen?

Der Kanton Genf kennt die Regelung, dass die politischen Rechte im Kanton nur entzogen werden dürfen, wenn ein Gericht die Urteilsunfähigkeit festgestellt hat. Dies ist ein Anfang, auf dem aufgebaut werden könnte.

### Für die bevorstehenden eidgenössischen Wahlen hat insieme eine Broschüre produziert, die den Prozess des Wählens in leichter Sprache erklärt, um Menschen mit geistiger Behinderung die Teilnahme an den Wahlen zu erleichtern oder überhaupt erst zu ermöglichen. Was halten Sie davon?

Ein Abstimmungsbüchlein in leichter Sprache wäre für viele Menschen mit einer geistigen Behinderung – aber auch für viele andere – eine erhebliche Hilfe. Es ist gut, dass insieme dies tut. Noch besser wäre es, wenn bei eidgenössischen Vorlagen die Bundeskanzlei eine solche Broschüre herausgeben würde, bei kantonalen und kommunalen die entsprechenden Behörden der Kantone und Gemeinden.

### Was würde es für die gesamte Gesellschaft bedeuten, wenn Menschen mit geistiger Behinderung ihr Wahlrecht ausüben könnten?

Unser Gemeinwesen würde demokratischer. Menschen mit geistiger Behinderung würden weniger zu Bürgern zweiter Klasse gemacht. •

### Markus Schefer

Der Menschenrechtsexperte hat sich vertieft mit dem Schweizer Behindertengleichstellungsrecht auseinandergesetzt, auch mit den praktischen Fragen seiner Umsetzung auf Bundes- und kantonaler Ebene. Schefer ist Professor für Öffentliches Recht an der Universität Basel und wurde 2018 in den UNO-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen gewählt. Der Ausschuss beaufsichtigt die Umsetzung der UNO-BRK in den Mitgliedstaaten.